



18. Wahlperiode

Drucksache 18/3617

HESSISCHER LANDTAG

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Konsequenzen aus dem Dioxinskandal
10 Maßnahmen für mehr Sicherheit bei Lebens- und Futtermitteln**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Verunreinigung von Futtermitteln mit Dioxin hat eklatante Sicherheitslücken bei der Herstellung von Futter- und Lebensmitteln offenbart. Sie belegt, dass wir einen Richtungswechsel in der Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie Verbesserungen im Verbraucherschutz und bei der Lebensmittelsicherheit brauchen.

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können über ihr Einkaufsverhalten einen wesentlichen Beitrag leisten. Bei einem durch Verbraucherverhalten angeheizten Kampf um das billigste Angebot ist Vorsicht geboten. Oft wird hier an der Qualität gespart und auf die Landwirte starker Druck ausgeübt. Masse statt Klasse ist oft die Folge. Durch die Wahl von Produkten, die Landwirten einen fairen Preis bieten, deren Herkunft nachvollziehbar ist und die umweltfreundlich hergestellt wurden, können Verbraucherinnen und Verbraucher Zeichen setzen, die richtigen Anreize für gesunde Lebensmittel und umweltverträgliche Landwirtschaft geben und damit zum Richtungswechsel in der Landwirtschaft beitragen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen bzw. im Bundesrat zu beantragen:

- 1. Futter- und Lebensmittelkontrolle in Hessen besser ausstatten**
Die Landesregierung muss die Futter- und Lebensmittelkontrolle in Hessen finanziell und personell besser ausstatten, um die notwendigen Kontrollen für einen umfassenden Verbraucherschutz zu gewährleisten. Sie soll die lange aufgeschobene Evaluierung der kommunalisierten Lebensmittelkontrolle sowie der amtlichen Futtermittelkontrolle durchführen und die Ergebnisse dem Landtag zeitnah zur Verfügung stellen.
- 2. Agrarförderung in Hessen umstrukturieren - Regionale Kreisläufe und Ökolandbau stärken**
Investitionen in neue Ställe sollen nur dann mit Steuermitteln gefördert werden, wenn die Tiere artgerecht gehalten werden und mindestens 50 Prozent des benötigten Futters auf eigenen Flächen erzeugt wird. Zusätzlich soll die Landesregierung den Anbau eiweißreicher Futtermittel in Hessen fördern und die Grünlandnutzung stärken. Dadurch können die Landwirte den Zukauf von Futtermitteln verringern. Von diesen Maßnahmen soll insbesondere die konventionelle Landwirtschaft profitieren, um das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen.

Ziel der Hessischen Landwirtschaftspolitik muss außerdem sein, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft weiter zu steigern. Die Ökolandwirtschaft ist durch geschlossene Kreisläufe, transparente Erzeugung, verbrauchernahe Vermarktung und strenge Kontrollen gekennzeichnet und bietet dadurch den Verbrauchern mehr Schutz vor Schadstoffen. Die Landesregierung soll daher die Ökolandwirtschaft in Hessen besser und verlässlich fördern, Beratung, Marktentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit intensivieren.

3. Eigenkontrollen verschärfen – Vermischen verbieten

Zukünftig müssen im Rahmen der Eigenkontrolle von Unternehmen alle Einzelbestandteile von Futtermitteln auf Schadstoffe untersucht und die Ergebnisse an die Behörden übermittelt werden. Belastete Chargen dürfen nicht weiter verwendet und mit unbelasteten Produkten vermischt werden.

4. Behördliche Kontrollen verstärken und effizienter machen

Die Kontrollvorgaben und die Untersuchungskriterien für Futtermittelunternehmen müssen verbessert und angepasst werden. Die amtliche Überwachung muss intensiver und risikoorientierter kritische Bereiche in der Futtermittelherstellung überprüfen. Die von den Ländern durchzuführenden Kontrollen im Bereich Lebens- und Futtermittel müssen auf Schwachstellen überprüft und optimiert werden.

5. Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern besser koordinieren

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesländern, Bund, EU und Kommunen bei der Lebens- und Futtermittelüberwachung sowie das Krisenmanagement müssen verbessert werden. Gerade die zeitlichen Verzögerungen im aktuellen Dioxinskandal, bei dem Hessen erst am 29.12. informiert wurde, zeigen, dass Informationen auch bei unterschiedlicher Risikoeinschätzung verbindlich und ohne Verzögerung weitergeleitet werden müssen.

6. Positivliste für Futtermittel einführen

Für Futtermittel muss zukünftig ein Reinheitsgebot gelten. Deshalb soll eine Positivliste verbindlich vorgeschrieben werden. Darin sollen alle Stoffe aufgeführt werden, die in der Tierfütterung eingesetzt werden dürfen. Zudem soll es wieder eine „Offene Deklaration“ der Futtermittelmischungen geben, damit Landwirte erkennen können, welche Stoffe in ihren Futtermitteln eingesetzt wurden.

7. Verursacherprinzip einführen – Strafen verschärfen

Auch bei Futtermitteln muss das Verursacherprinzip gelten. Unternehmen, die Gifte in die Lebensmittelkette einbringen, müssen für nachfolgende Schäden bei Landwirten, anderen Unternehmen und Verbrauchern haften. Die Strafen bei Verstößen gegen das Lebens- und Futtermittelrecht müssen spürbar verschärft werden.

8. Verbraucherinformation verbessern

Bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht müssen die Namen der Verursacher und potenziell betroffene Chargen allgemeinverständlich und umgehend veröffentlicht werden. Das Verbraucherinformationsgesetz muss so novelliert werden, dass klare Rechtsgrundlagen für eine verbindliche und zeitnahe Veröffentlichung und Weitergabe von Untersuchungsergebnissen, betroffenen Waren und Betrieben sowie sonstigen behördlichen Erkenntnissen geschaffen werden.

9. Industrielle Massentierhaltung begrenzen

Die zunehmend industrielle Ausrichtung der Tierhaltung in Deutschland ist eine der Ursachen für den erneuten Futtermittelskandal. Diese Form der Tierhaltung ist in der Regel auf den vollständigen Zukauf billiger Futtermittel angewiesen. Um die Errichtung von weiteren Großanlagen einzuschränken, müssen auf Bundesebene gesetzliche Vorgaben geschaffen werden, welche den Bau von Ställen im Außenbereich nur dann privilegieren, wenn das Futter für die Tiere mindestens zur Hälfte auf eigenen Flächen erzeugt wird.

10. EU-Agrarreform nutzen – Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Die Bundesländer sind aufgefordert, sich bei der anstehenden EU-Agrarreform für Rahmenbedingungen einzusetzen, die in Zukunft eine multifunktionale bäuerliche und

gentechnikfreie Landwirtschaft mit regionalen Kreisläufen für die Erzeugung von Qualitätslebensmitteln ermöglichen.

Wiesbaden, den 19.1.2011
Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir

Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am